

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (022 21) 21 90 38/39
Telex: 08 86 846 ppbn d

Inhalt

Helmut Rohde MdB fordert, die Frage der Rentenbesteuerung kritisch zu behandeln: Mit allgemeinem Gerede kommt keiner weiter.
Seite 1/2

Gerhard Jahn MdB, würdigt die Tatsache, daß Friedrich Schäfer seit zehn Jahren stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion ist: Beharrlich und fest.
Seite 3/4

Jürgen Egert MdB wendet sich gegen Selbstbeteiligung in der Krankenversicherung: Kein Thema für die SPD.
Seite 5

Karl Heinz Hiersemann MdL-Bayern kommentiert den bayerischen Gefängnissskandal: In der Grauzone der Rechtsstaatlichkeit.
Seite 6/7

Klaus Wedemeier MdBü beleuchtet das erste parlamentarische Auftreten der Grünen in der Hansestadt: Protestwähler sind gegen politisches Kasperletheater.
Seite 8/9

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (022 21) 8 12-1

34. Jahrgang / 216 / 9. November 1979

Rentenbesteuerung kritisch behandeln

Mit allgemeinem Gerede kommt keiner weiter

Von Helmut Rohde MdB
Bundesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD

Die Besteuerung der Renten wird zu einem breitgetretenen Thema. Kaum ein Gespräch oder Interview über Sozialpolitik, in dem davon nicht die Rede ist. Hinter vorgehaltener Hand wird kolportiert, wer sich angeblich alles dafür stark machen wolle. Konkretes gibt es nicht. Genaues hört man nicht.

Diese Art der Behandlung schafft Unsicherheit und Verwirrung bei den Betroffenen, hilft in der Sache nicht weiter und stiftet politischen Schaden.

Ich warne jedenfalls davor, daß Thema Rentenbesteuerung durch die Hintertür in die innenpolitische Debatte einzuschmuggeln. Was ich bisher an Plädoyers für ein solches Unternehmen gehört habe, hat mich nicht überzeugt. Mindestens folgende Punkte müssen bedacht werden:

1. Eine zusätzliche Rentenbesteuerung leistet keinen Beitrag zur langfristigen Sicherung der Finanzgrundlagen der Rentenversicherung. Diese Grundlagensicherung ist aber eine Anforderung, die an alle Zukunftsüberlegungen zu stellen ist.



Verlässlichkeit in den Leistungen und verlässliche Rahmenbedingungen für die finanzielle Entwicklung der Rentenversicherung sind für die Betroffenen und die Institution in gleicher Weise wichtig.

2. Welcher Sinn wird darin gesehen, die ohnehin schon angespannten Finanzen der Sozialversicherung zusätzlich unter den Druck einer Besteuerung zu setzen? Denn alles, was an Steuern verlangt wird, muß vorher aufgebracht werden, und zwar über die Beiträge zur Sozialversicherung.

Die Beitragsbelastung ist heute bereits erheblich und fordert angesichts der Entwicklung der Sozialversicherung im Ganzen zur politischen Sorgfalt heraus.

3. Wenn von Fällen der "Übersorgung" im Rahmen der Alterssicherung gesprochen und damit die Besteuerung begründet wird, dann kann man sich auch fragen, ob nicht die Ursachen solcher "Übersorgung" erörtert werden sollten, anstatt Renten in die allgemeine Besteuerung einzubeziehen.

Wer Renten besteuern will, ist beweispflichtig, was er auf diesem Wege mit welchen Mitteln erreichen will. Mit allgemeinem Gerede wird er nicht durchkommen.

Er muß sagen, wer von den Rentnern besteuert und wie die Besteuerung vorgenommen werden soll. Heißt das beispielsweise, daß ein nicht unerheblicher Teil der Rentnerinnen und Rentner zu einer jährlichen Einkommenssteuererklärung herangezogen werden soll? Schließlich muß dann erklärt werden, wie sich das Besteuerungsverfahren im finanzwirtschaftlichen Kreislauf auswirkt, wer letztlich zahlt und letztlich profitiert.

Besteuerung der Renten ist ein Thema, das keine oberflächliche Behandlung verträgt. Es greift weit in die Gestaltung sozialer Leistungen, in die Finanzsituation der Sozialversicherung und in die sozial-ökonomischen Kreislaufvorgänge ein.

(-/9.11.1979/bgy)

+ + +



Beharrlich und fest

Friedrich Schäfer seit zehn Jahren Stellvertretender
Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

Von Gerhard Jahn MdB
Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Bundestagsfraktion

Am 11. November 1969 wählte die SPD-Bundestagsfraktion ihre Stellvertretenden Vorsitzenden. Die Erste Regierung Brandt/Scheel war gebildet. Nach der Wahl Herbert Wehners zum Vorsitzenden gab sich die SPD-Bundestagsfraktion die Form, in der sie die Arbeit der sozialliberalen Koalition tragen und begleiten wollte.

Mit der Wahl Fritz Schäfers - wie ihn seine Freunde nennen - setzte die SPD-Bundestagsfraktion ein Maß. Der größeren Koalitionsfraktion stellten sich nach 17 Jahren Opposition und drei Jahren Großer Koalition neue Aufgaben. Da benötigte sie in ihrem Vorstand Männer, die Gewähr dafür bieten konnten, daß die Fraktion ihren Beitrag zum Gelingen der gemeinsamen Politik von Sozialdemokraten und Freien Demokraten zu leisten vermochte.

Erfahrung, Können und Leistung wiesen Fritz Schäfer in reichem Maße schon aus, als er 1957 zum ersten Mal in den Deutschen Bundestag gewählt wurde. Der Volljurist hatte sich bewährt in der Kommunalpolitik, im Landesdienst, als Leiter von Landespolizeidirektionen, um nur einige Abschnitte seines Lebensweges zu nennen.

Das kam seiner parlamentarischen Arbeit zugute. Sorgfalt, Genauigkeit und Fleiß verschafften ihm sehr bald Achtung über den Kreis seiner politischen Freunde hinaus. Diese wählten ihn 1961 zum Parlamentarischen Geschäftsführer der SPD-Bundestagsfraktion. Das forderte in einer Oppositionsfraktion viel Geschick, Einfallsreichtum und Sorgfalt in der wirksamen Anwendung der parlamentarischen Möglichkeiten.

Mancher seiner Freunde war überrascht, als Fritz Schäfer sich 1967 entschloß, aus dem Bundestag auszuschcheiden und Staatssekretär im Bundesministerium für Angelegenheiten des Bundesrates und der Länder unter Carlo Schmid zu werden. Aber den bewährten Parlamentarier mußte es schon reizen, die Praxis der Exekutive unmittelbar zu erfahren. Gerade dort, wo die Begegnung der Bundesinteressen mit den Länderinteressen den Bun-



desstaat in seinen Ansprüchen und Möglichkeiten aufzeigten, konnte er sein politisches Pflichtgefühl mit seinen wissenschaftlichen Neigungen gut verbinden. Wissenschaftliches Erarbeiten parlamentarischer Erfahrungen, jetzt auch der bundesstaatlichen Praxis und Durchdringen der grundsätzlichen Fragen unserer Verfassung macht einen wichtigen Teil der Arbeit Fritz Schäfers aus. Als Honorarprofessor an den Universitäten Köln und Tübingen hatte er für seine wissenschaftliche Arbeit Anerkennung gefunden.

Ausgestattet mit all diesen Voraussetzungen war er einer, der 1969 mit an der Spitze der Fraktion gebraucht wurde. Seine Arbeit rechtfertigte die Wahl der Fraktion. Wo immer es darauf ankam, schwierigen Aufgaben den parlamentarischen Weg zu bahnen, stand er für die Fraktion. Lange Jahre als Vorsitzender des Innenausschusses, im Vermittlungsausschuß, im Wahlmännergremium zur Wahl der Bundesverfassungsrichter hat er Recht und Anspruch des Parlamentes sichtbar werden lassen.

Dabei kommt es darauf an, nüchtern das Notwendige und Mögliche der parlamentarischen Auseinandersetzung zu erkennen und beharrlich mit fester Überzeugung durchzusetzen. Hier, wo Ausgleich unterschiedlicher Meinungen ebenso wie Klarheit und Zielstrebigkeit zusammenreffen müssen, zeigt Fritz Schäfer am stärksten, wer er ist.

Die Fraktion hat das längst erkannt. Regelmäßige Wiederwahl über nun schon zehn Jahre als Stellvertretender Fraktionsvorsitzender hat ihn mittlerweile zu dem unter den Stellvertretern gemacht, der auch die längste Zeit mit dem Fraktionsvorsitzenden Herbert Wehner zusammenarbeitet. Die Fraktion hat sich seit 1969 in ihrer Zusammensetzung verändert. Jüngere sind nachgewachsen. Daß der langjährige akademische Lehrer zu ihnen schnell eine gute Beziehung findet, kann nicht verwundern.

Und wenn es trotz aller Anforderungen notwendig ist, zusätzliche Aufgaben zu übernehmen, weicht Fritz Schäfer nicht aus. Der vor wenigen Wochen gewählte Vizepräsident des Städte- und Gemeindebundes weiß, welche Kraft in sozialdemokratischer Kommunalpolitik entwickelt werden kann und muß. Dem Maß, das die SPD-Bundestagsfraktion mit der Wahl Fritz Schäfers gesetzt hat, hat er durch seine Fähigkeit und seinen Willen, der gemeinsamen Sache zu dienen, eigenen und unverwechselbaren Ausdruck gegeben.

Nach zehn Jahren ist es wohl erlaubt zu sagen:

Danke, Fritz Schäfer.

(-/9.11.1979/ks/ca)

+ + +



Eine sinnlose Diskussion

Selbstbeteiligung in der Krankenversicherung kein Thema für die SPD

Von Jürgen Egert MdB

Obmann im Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung der SPD-Bundestagsfraktion

Die erneut entflammte Diskussion über Probleme der Kostendämpfung im Gesundheitswesen hat wieder ein Thema aus der gesundheitspolitischen Rumpelkammer ans Tageslicht gefördert: Die über den Krankenversicherungsbeitrag hinausgehende Selbstbeteiligung des Patienten an seinen Krankheitskosten.

So eingehend dieses Thema in der Vergangenheit auch diskutiert worden ist, scheint die Versuchung für einige offensichtlich zu groß, als daß sie widerstehen könnten, dieses Thema wie einen ausgelaugten Kaugummi erneut in den Mund zu nehmen. Da Geschmäcker bekanntlich verschieden sind, stelle ich für die Sozialdemokratische Bundestagsfraktion fest: Die Selbstbeteiligung in der Krankenversicherung ist auch in der Zukunft kein Thema für uns. Sie zerstört das unserer Krankenversicherung zugrundeliegende Prinzip der Solidarität. Sie führt zu Kostenverschiebung, wo tatsächlich Kostendämpfung erforderlich wäre. Die Ausgabenentwicklung bei der privaten Krankenversicherung mit Ausgabensteigerung von cirka zehn Prozent gegenüber cirka fünf Prozent Steigerung bei der gesetzlichen Krankenversicherung zeigt zudem, daß auch der angestrebte Erfolg nicht zwingend eintritt. Die weiteren sozialpolitischen Fragwürdigkeiten, die sich an einen solchen Vorschlag knüpfen, müssen nicht alle wiederholt werden. Sie sind bekannt. Sie sind auch den Befürwortern eines solchen Vorschlages gegenwärtig, die deshalb nunmehr nicht einfach von Selbstbeteiligung sprechen. Vielleicht vermögen besonders Spitzfindige einen Unterschied zwischen einfachen Fragwürdigkeiten und wohlverstandenen Fragwürdigkeiten zu erkennen, ich vermag dies nicht.

Diese erneute Diskussion über die Selbstbeteiligung ist als "sinnlose sozialpolitische Diskussion" bezeichnet worden. In der Tat, die Sinnlosigkeit dieser Diskussion ist offenkundig. Und wenn sich ein Vertreter der FDP darüber mokiert, so will ich ihn gerne trösten. Dies ist keine einfache Sinnlosigkeit, sondern eine wohlverstandene.

(-/9.11.1979/ks/ca)



In einer Grauzone der Rechtsstaatlichkeit

Zur Tätigkeit des israelischen Geheimdienstes in bayerischen Gefängnissen

Von Karl Heinz Hiersemann MdL

Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Fraktion im bayerischen Landtag

So sehr der Schwarze Peter auch hin- und hergeschoben wird: Nach Lage der Dinge tragen sowohl der Bund als auch der Freistaat Bayern die Verantwortung für die in einer rechtlichen Grauzone und unter merkwürdigen Umständen zustandgekommenen Verhöre palästinensischer Gefangener in bayerischen Justizvollzugsanstalten durch Angehörige des israelischen Geheimdienstes. Unbeschadet der Verantwortung des Bundesnachrichtendienstes (BND) gibt es für uns eine Verantwortung des Landeskriminalamtes (LKA). Soweit es Organisationsmängel im bayerischen LKA betrifft, besteht für uns auch eine politische Verantwortung. Diese Verantwortung trägt der bayerische Innenminister Gerold Tandler. Was die Besuchsregelungen in den bayerischen Justizvollzugsanstalten angeht, sind die Anstaltsleitungen beziehungsweise die politische Spitze des Justizministeriums, sprich Justizminister Karl Hillermeier, zuständig und verantwortlich.

Wir Sozialdemokraten haben immer wieder betont, daß wir, ungeachtet der beteiligten Behörden und Personen, Aufklärung verlangen. Es geht in erster Linie darum, herauszufinden, wie es möglich war, daß Angehörige des israelischen Geheimdienstes ohne jede Schwierigkeit und Überprüfung in die Vollzugsanstalten gelangen konnten. Nach unseren Informationen befinden sich die Namen der "Spezialisten" weder im Besuchsbuch der Gefängnisse noch sonst wo. Einen üblen Nachgeschmack hinterläßt die Tatsache, daß es Entscheidungsstränge gab, die völlig am Minister beziehungsweise an der Führung des LKA vorbeiliefen. Die von Innenminister Tandler angekündigte "Belehrung" des verantwortlichen Beamten reicht nicht aus. Hier soll offenbar von der politischen Verantwortlichkeit abgelenkt werden.

Die von Tandler vertretene Ansicht, die zwischen den BND-Vertretern, den Angehörigen des LKA und den israelischen Geheimdienstlern einerseits und der PLO-Gefangenen andererseits geführten Gespräche - ob es sich um "Verhöre" handelte, ließ



sich noch nicht eindeutig klären - hätten nicht im Rahmen von Ermittlungsverfahren stattgefunden, wirft die Frage auf, inwieweit die Vorschriften der Strafprozeßordnung, der Untersuchungshaftvollzugsordnung und der Richtlinien über das Straf- und Bußgeldverfahren einschlägig sind. Die Richtlinien über die Zusammenarbeit der Strafverfolgungsbehörden mit den Geheimdiensten vom 23. Juli 1973 bedürfen insoweit ebenfalls einer Überprüfung.

Aufhorchen läßt uns die Feststellung von Staatssekretär Franz Neubauer aus dem bayerischen Innenministerium vor dem Innenausschuß des Bundestages, wonach nach den Verhaftungen der PLC-Leute in Bayern das LKA München den BND am 1. Mai darüber informiert habe, daß es einen einschlägigen sicherheitspolitischen Vorgang gebe. Der Schluß von Staatssekretär Manfred Schüler aus dem Bundeskanzleramt liegt nahe, daß offenbar ein erster Anstoß von den bayerischen Behörden ausging. Ferner kann nach den Informationen, die im Innenausschuß gegeben wurden, als sicher gelten, daß bei den sieben Befragungen nach Anklageerhebung BND-Vertreter nicht beteiligt waren, sondern lediglich Angehörige des LKA und der israelische Geheimdienst.

Erstaunlich ist, daß erst von sieben, dann aber plötzlich von elf Gesprächen in bayerischen Gefängnissen die Rede war. Tandler führte dies auf einen Rechenfehler in seinem Haus zurück. Zusammen mit der neuerdings bekanntgewordenen Tatsache, daß ein PLC-Vertreter auf ungewöhnliche Weise Zugang zu einem in Straubing einsitzenden palästinensischen Häftling erhielt, nähren diese Informationen den Verdacht, daß noch mehr im Dunkeln liegt.

Wir werden all diesen Fragen mit Akribie nachgehen. Erst dann ist die Zeit gekommen, um politische Konsequenzen zu fordern. Was jetzt schon bleibt, ist das ungute Gefühl, daß in Bayern in einer Grauzone der Rechtsstaatlichkeit operiert wurde.

(-/9.11.1979/va-he/ca)



Eins zu Null für die Grünen?

Protestwähler sind gegen politisches Kasperletheater

Von Klaus Wedemeier

Vorsitzender der SPD-Bürgerschaftsfraktion

Wer an die alte public-relations-Weisheit glaubt, "besser eine schlechte als gar keine Nachricht", mußte in den vergangenen Tagen bei flüchtiger Lektüre der Zeitungen zur Ansicht kommen, der Einzug der Grünen ins Bremer Landesparlament habe sich zu einem stimmenträchtigen Auftritt für den Ex-Genossen Dinné und seine Truppen gestaltet.

Nun soll keineswegs geleugnet werden, daß die starre Exekution bestimmter interfraktioneller im Bürgerschaftsvorstand getroffener Absprachen zur Verfahrensordnung bei der Konstituierung des Parlaments - wie sie wohl in allen Parlamenten üblich ist - das Szenarium schuf, vor dem die Grünen eine effektvolle Schau juristischer Turnübungen und schließlich ihren vorläufigen Auszug aus dem Plenum gestalten konnten. (Diese Analyse aus der Retrospektive stellt keineswegs einen Angriff auf den zum Zeitpunkt des Geschehens amtierenden Präsidenten dar, der sich angesichts einer prekären Situation mannhaft geschlagen hat.)

Ich will hier gar nicht ins Detail gehen, muß aber hinzufügen: Das Bestreben der "etablierten" Fraktionen war es keinesweg, den Grünen über eine restriktive Handhabung der Verfahrensregeln den Mund zu verschließen, im Gegenteil. An Schlagzeilen gemessen darf man dennoch die Fragestellung in der Überschrift in eine Feststellung wandeln. Aber: Wer auszieht, muß irgendwann auch wieder einziehen. Bei nüchterner Analyse kann daher festgestellt werden, die Grünen haben ihre erste Chance vertan, das Parlament als Plattform für die Darstellung ihrer politischen Zielsetzungen zu nutzen, sofern welche vorhanden sind.

Rudi Dutschke, der von der Zuschauertribüne das Geschehen beobachtete und seine Mannen dirigierte, dürfte allen Grund zum Nachdenken haben. Gerade der Protest-



und Wechselwähler wird sich auf die Dauer nicht mit politischem Kasperletheater zufrieden geben. Diesen Wähler kann auf die Dauer auch nicht verborgen bleiben, daß die Grünen im Parlament alle Möglichkeiten zur effektiven Mitarbeit bekommen haben, und daß den Vertretern der BGL, der Bremer Grünen Liste, letztlich nur die formale Bezeichnung Fraktion vorenthalten wurde.

Uns liegt daran, die Grünen in die parlamentarische Arbeit einzubeziehen, schon um den Nachweis zu führen, daß verbale Kraftakte kein hinreichender Ersatz für zielgerichtete Politik sein können. Die Grünen bekämpfen heißt, den Unmut ihrer Wähler ernst nehmen und mehr als bisher das direkte Gespräch mit dem Bürger suchen, um die eigene Politik verständlicher zu machen.

Noch ein Wort zur innerparteilichen Diskussion um die Frage - Fraktionsstatus für die Grünen, ja oder nein. Es wird behauptet, daß die Väter unserer Landesverfassung die Zahl fünf als untere Grenze für die Bildung einer Fraktion festgesetzt haben, weil sie angeblich davon ausgingen, daß das Überspringen der Fünf-Prozent-Klausel bei einem hundertköpfigen Parlament automatisch den Einzug von fünf Vertretern einer Partei oder Gruppierung bedeute. Das ist aber in unserem Zwei-Städte-Staat nicht unbedingt der Fall, wenn - wie geschehen - eine Gruppe in Bremerhaven unter dem Limit bleibt.

Nicht nur unsere Bremerhavener Mitglieder, sondern auch die Parteibasis in unseren Hochburgen hätte es als Provokation empfunden, wenn man die Sonderrechte, die man den Grünen ohnehin schon über die Änderung der Parlamentsgeschäftsordnung einräumt, nun auch noch mit dem Titel "Fraktion" sozusagen verziert hätte.

(-/9.11.1979/bgy/oa)

+ + +

Verantwortlich: Willi Carl

